

BER-aktuell

BOSCH Werk Bamberg / Ausgabe 7
März/April 2011
31. März

Der Bamberger Betriebsrat.

Eine starke Gemeinschaft
mit einer starken Gewerkschaft.



Betriebsrat • Vertrauensleute • Jugendvertretung • Schwerbehindertenvertretung • Betriebsrat • Vertrauensleute • Jugendvertretung • Schwerbehindertenvertretung

Betriebsrat (BER)

◆ Aus den Arbeitsgruppen

Überblick Stückzahlen

Die Abrufzahlen der Erzeugnisse im Bamberger Werk sind bis auf wenige Ausnahmen nach wie vor sehr positiv. Die Prognosen für Februar 2011 wurden zum Teil deutlich übertroffen. Für den gesamten EV-Bereich (EV14, EV1, NGI2) um +8%. Die gleiche Steigerung kann der HDEV-Erzeugnisstrang (HDEV1, HDEV4, HDEV4.1 und HDEV5) für sich verbuchen. Das HDEV4.1 geht komplett in die Türkei (Bursa), dafür wird in Bamberg eine weitere HDEV5 Linie installiert.

Im Dieselmotorenbereich ist die Entwicklung uneinheitlich. Der CRI1/2 kann deutlich zulegen, während CRI3 starke Rückgänge verbuchen muss. Hier kritisiert der Betriebsrat die ungenügende Informationspolitik der Werkleitung. Das Bamberger Werk wurde innerhalb des IPN (Internationaler Fertigungsverbund) beim CRI3 mit unverhältnismäßig hohen Stückzahlabflüssen belastet. In der Düse ein ähnliches Bild. Die Düse hat enorm hohe Zuwachsraten während das Düsenmodul mit sinkenden Stückzahlen zu kämpfen hat. Die DS/GS Aktorenfertigung liegt auf relativ stabilem Niveau.

WBS

Die Themen der Werkleitung – Betriebsrat – Sitzung vom 14. Februar 2011 lauteten:

Auftrags- und Beschäftigungslage

Siehe Überblick Stückzahlen

Personalplanung 2011

- Übernahme Azubis Sommer 2011
- Befristete Einstellungen und

Übernahme in feste Arbeitsverhältnisse

- Geplante Einstellung von Ferienbeschäftigten
- Richtige Eingruppierung nach ERA
- bei Versetzungen
- bei Neueinstellungen
- bei Besetzung von ausgeschriebenen Stellen

Auszubildende



Die Übernahme der Auszubildenden gestaltet sich auch in 2011 wieder schwierig. Die Werkleitung verweist auf die Geschäftsbereiche, die ihre Zustimmung geben müssen. Die Verhandlungen laufen.

Befristungen



Die gleiche Situation bei den zeitlich befristeten Beschäftigten. Die Umwandlung in unbefristete Arbeitsverhältnisse wird von der Werkleitung weiterhin abgelehnt. Es wird auf die „volatilen“ (veränderlichen, beweglichen) Märkte verwiesen, die eine Festübernahme angeblich nicht möglich machen. Stattdessen will man die zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisse auslaufen lassen. Da aber weiterhin

Personalbedarf besteht, soll dieser weiterhin mit (neuen) Befristungen abgedeckt werden. Das lehnt der Betriebsrat ab. Ständige Personalwechsel belasten auch die Stammebelegschaft nicht unerheblich. Gut angelehrte Kollegen/innen müssen gehen und neue wieder langwierig angelehrt werden. Der Betriebsrat fordert die Werk- und Geschäftsleitung auf hier endlich eine einvernehmliche Lösung anzustreben und Festübernahmen nicht mehr grundsätzlich auszuschließen.

Ferienbeschäftigte

Für die Urlaubsmonate Juni, Juli, August ist die Einstellung von Ferienbeschäftigten geplant. Die Verhandlungen dazu laufen.

Eingruppierung



Die richtige Eingruppierung nach ERA ist bereits seit längerem ein Streitpunkt zwischen Betriebsrat und Werkleitung. Nach Meinung der Werkleitung soll bei Versetzungen, Neueinstellungen und der Besetzung ausgeschriebener Stellen, die entsprechende Entgeltgruppe erst nach vollständiger Einarbeitung und „Eignung“ bezahlt werden. Das lehnt der Betriebsrat ab. Die Entgeltgruppe ist nach Auffassung des Betriebsrates sofort bei Antritt der neuen Stelle in Stufe „A“ zu bezahlen. Dann ist genug Zeit die

eventuell noch notwendige Qualifizierung bis zur Stufe „B“ durchzuführen. Ab der Entgeltgruppe 9 sind das immerhin 18 Monate.

Familienbesuchstag



Am Familienbesuchstag am 2. Juli wird nicht gearbeitet (Schließtag). Für die Helfer wird die Zeit ihrer Anwesenheit in das ZB-Konto gebucht, eventuell fällige Überzeitzuschläge werden ausbezahlt. Das ist die normale, gängige Regelung auch bei „normalen“ Arbeitseinsätzen.

Betriebsversammlung



Die erste Betriebsversammlung in 2011 ist am 7. April. Die Tagesordnung kann an den BER-Brettern nachgelesen und im BGN/Intranet unter „Termine 2011“ auf der Startseite abgerufen werden

Sozialbereich



Ab 01.04.11 werden im WT 1/2 und WT 4 in den Betriebsrestaurants neue Kaffeeautomaten der Firma Dallmayr aufgestellt. Dadurch erhöht sich die Auswahl um heiße Schokolade, Latte Macchiato und Cafe au Lait. Es besteht dann auch die Möglichkeit den Kaffee in 'Kaffee to go Bechern' mitzunehmen.

Im zweiten Quartal 2011 stellt die Firma Coca Cola Automaten mit 1Liter Wasserflaschen zu 70 Cent auf. Jeweils drei Automaten im Hauptwerk und Werkteil 4 und einen Automaten im Werkteil 3.

Vertrauensleute



Auf der letzten Vertrauensleuterversammlung am 24. März 2011 stellte sich Matthias Gebhardt, neuer 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Bamberg vor. Matthias Gebhardt war zuletzt in der Verwaltungsstelle Aschaffenburg. In der Delegiertenversammlung der



Verwaltungsstelle Bamberg am 8. Februar wurde er mit einer überwältigten Mehrheit zum 1. Bevollmächtigten gewählt.

Aktionstag 24. Februar 2011

Der Aktionstag unter dem Motto „Arbeit, sicher und fair. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ war ein voller Erfolg (siehe auch Sonderausgabe BER-aktuell). Im Bereich der Verwaltungsstelle Bamberg haben sich noch FTE (Ebern) und Cebal (Scheßlitz) beteiligt. Insgesamt waren in Bayern über 50.000 Arbeitnehmer in 149 Betrieben dafür auf der Straße. Das dies nicht die letzte Aktion gewesen ist, machte neben Elmar Günthner als Vertrauenskörperleiter auch Matthias Gebhardt klar. Die Politik der aktuellen Bundesregierung lässt nicht darauf hoffen, das es zum Thema Leih- und Zeitarbeit bald zu Verbesserungen für die betroffenen Kollegen/innen kommen wird. Wir sind also weiterhin gefragt!

Mai – Kundgebung Bamberg



Die 1. Mai Kundgebung findet traditionell wieder am Gabelmann in Bamberg statt. Um 09.30 Uhr startet der Demonstrationzug vom Bahnhof in Richtung Innenstadt. Die Kundgebung selbst beginnt um 10.00 Uhr. Hauptredner ist dieses Jahr Fritz Schösser, ehemaliger Vorsitzender des DGB in Bayern.

21. Gewerkschaftstag Karlsruhe

Vom 9.-15. Oktober 2011 findet in Karlsruhe der 21. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall statt. An den Gewerkschaftstag können aus allen Bereichen Anträge gestellt werden. Aus der Vertrauenskörperleitung BOSCH wurden drei Anträge formuliert, die sich mit dem Thema Weiterbildung, Qualifizierung befassen. U. a. wollen wir eine bessere Verteilung der Mittel für Bildung, die den Verwaltungsstellen mehr Spielraum bei der Bildungsplanung läßt.

Vertrauensleutewahlen

Vertrauensleute in der IG Metall Nah dran und kompetent

Die nächsten Vertrauensleutewahlen findet zwar erst 2012 statt, allerdings ist es durch starke Mitarbeiterverschiebungen vor allem im WT4 bereits in 2011 notwendig in einigen Bereichen tätig zu werden. Das betrifft in erster Linie die Werkstätten W320, W420, W510 und W490. Die entsprechenden Vorarbeiten dazu sind bereits angelaufen.

Solidarität mit Japan



IMF-JC

Japan Council of Metalworkers' Unions

Die IG Metall ruft zur Solidarität auf und bittet um Spenden für die Menschen in Japan. Wir freuen uns über jede Spende und sorgen dafür, dass das Geld die betroffenen Gewerkschafter und ihre Familien erreicht und dort verwendet wird, wo Hilfe am nötigsten ist. Bitte überweisen Sie Ihre Spende für die Menschen in Japan an:

Kontoinhaber: IG Metall
BLZ 500 500 00, Helaba
Kontonummer 1040
Spenden-Stichwort: "Japanspende"

Die IG Metall sammelt das Geld und wird es nach Japan überweisen.

In der Versammlung am 24. März haben die Vertrauensleute bereits ihre Solidarität gezeigt und fast 600 Euro gespendet. Danke dafür!

Bundestag: Abstimmung über
Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

So kann der Missbrauch von Leiharbeit
nicht gestoppt werden

Die Ungerechtigkeit geht weiter. Der Bundestag hat Änderungen zum Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) beschlossen und damit den Missbrauch der Leiharbeit auch noch gesetzlich geregelt. "An der ungerechten Bezahlung von Leiharbeitern ändert sich gar nichts", sagte Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Denn die Unternehmen könnten weiterhin den Kündigungsschutz umgehen und Arbeitskraft für weniger Entgelt einkaufen.

Am 24. März hat der Bundestag über die Änderungen zum Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) abgestimmt. Doch die neuen Regeln gegen den Missbrauch der Leiharbeit, die der Bundestag verabschiedet hat, werden die Mißstände nicht beseitigen. Denn das neue Gesetz bleibt weit hinter den gewerkschaftlichen Forderungen zurück.

Das "Lex-Schlecker" von Arbeitsministerin von der Leyen ist für Detlef Wetzel, den Zweiten Vorsitzenden der IG Metall, eine leere Hülle: "Frau von der Leyen kündigt an, den Tarifparteien ein Jahr Zeit zu geben, um die Landschaft neu zu ordnen. Aus dem Politikerdeutsch übersetzt heißt das, wir sollen ihren Job machen und politische Versäumnisse ausbügeln."

Die jetzt getroffenen Regelungen verhinderten zwar Lohndumping durch ausländische Leiharbeitsfirmen. An der ungerechten Bezahlung von Leiharbeitern ändert sich dagegen gar nichts. Die Unternehmen können nun weiterhin den Kündigungsschutz umgehen und Arbeitskraft für weniger Entgelt einkaufen. "Die Regierung darf sich auf diesem Gesetz nicht ausruhen", forderte Wetzel. Blicke es nur bei dem verabschiedeten Gesetz, werde der IG Metall ein Tarifkonflikt aufgezwungen. "Wenn die Politik versagt, müssen und

werden wir diese Auseinandersetzung führen. Nur die gleiche Bezahlung von Leiharbeitern und Stammesbeschäftigten kann den Missbrauch wirksam verhindern", sagte Wetzel.

Die IG Metall fordert, dass Leiharbeiter zukünftig zu fairen und gerechten Bedingungen in den Firmen eingesetzt werden. Genau das bringen die neuen Regelung nicht. Es wurde weder eine Equal Pay Regelung, noch eine zeitliche Begrenzung der Arbeitnehmerüberlassung verabschiedet. Auch das Synchronisationsverbot blieb außen vor. Nur die Forderung nach einem Mindestlohn ist im AÜG aufgenommen worden. Danach dürfen von 1. Mai 2011 an Leiharbeiter in Westdeutschland nicht weniger als 7,79 Euro in der Stunde verdienen. Für Ostdeutschland ist ein Mindeststundenlohn von 6,89 Euro vorgesehen. Damit soll verhindert werden, dass ab Mai 2011 angesichts der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union Leiharbeiter nach Niedrigstlöhnen nach Deutschland kommen.

Dieses Ergebnis ist nicht nur dürrig und unfair. Es ist auch menschenverachtend. Nachdem tausende Menschen seit Wochen für faire und sichere Arbeit protestieren, können die Unternehmen, weiterhin Leiharbeiter zu schlechteren Bedingungen als die Stammbelegschaft einsetzen und eine zweite Linie von Arbeitsbedingungen - unterhalb der geltenden Tarifstandards - etablieren. Damit entstehen in den Betrieben zunehmend zwei Klassen: Stammesbeschäftigte und Leiharbeiter. Der Druck auf die Stammesbeschäftigten wird außerdem steigen.

Leiharbeit war nie dazu gedacht, den Firmen billige Arbeitskräfte zu liefern. Im Ursprung war vorgesehen, Auftragsspitzen und Produktionsengpässe auszugleichen.



Doch genau das ist die Leiharbeit nicht mehr. Vor wenigen Tagen hat Oliver Burkhardt, IG Metall Bezirksleiter für Nordrhein-Westfalen, den Abgeordneten des Bundestags die Probleme mit der Leiharbeit noch einmal vor Augen geführt. Zudem haben sich rund 50 Betriebsratsvorsitzende großer Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie mit einem offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewandt. Trotz alledem haben die Bundestagesabgeordneten am 24. März das vorgelegte Gesetz angenommen und damit den weiteren Missbrauch der Leiharbeit noch gesetzlich geregelt.



Metaller aus dem Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen mit der Forderung der IG Metall nach gleichem Lohn bei gleicher Arbeit.

Foto: Christian v. Polentz/transitfoto.de

Weiterlesen

Internetadressen zum weiterlesen, vertiefen, informieren.

<http://www.igmetall.de>

Impressum

Herausgeber

Betriebsrat der Robert Bosch GmbH Bamberg

Redaktion

Hanns Meier
Melita Hassfurther

Tel: +49 (0)951 181 4281
Tel: +49 (0)951 181 1521

hanns.meier@de.bosch.com
melita.hassfurther@de.bosch.com